Wohnraums in Frage kommen. Zwischen den einzelnen Eigenheimarten macht die WLVO keinen Unterschied, weil die Maßnahmen zur Ausschöpfung der vorhandenen Wohnraumreserven grundsätzlich keinen Beschränkungen im Hinblick auf bestimmte Wohnungsfonds unterliegen dürfen.

Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte bei der Erfüllung der Aufgaben der Wohnraumlenkungsorgane

Wie in vielen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens kommt der Mitwirkung der Bevölkerung auch an der Lösung der Aufgaben der Wohnraumlenkungsorgane große Bedeutung zu. Sie ist oft eine wichtige Voraussetzung für richtige, die Übereinstimmung der persönlichen und der gesellschaftlichen Interessen sichernde Entscheidungen. Deshalb werden die örtlichen Organe verpflichtet, vielfältige Formen der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zu entwickeln⁸, wobei sie eng mit den Ausschüssen der Nationalen Front und den Organen des FDGB zusammenzuarbeiten und die fortgeschrittensten Erfahrungen der Wohnungskommissionen und anderer ehrenamtlicher Gremien zu nutzen haben (§§ 2 und 8 WLVO). Dabei sind keine einheitlichen Formen der Mitwirkung vorgesehen, wie z. B. die Wohnungskommissionen, wenn auch diese gegenwärtig die Hauptform darstellen. Die WLVO folgt vielmehr auch in dieser Frage dem Grundsatz, daß die örtlichen Organe eigenverantwortlich solche Formen suchen müssen, die die Mitwirkung der Bevölkerung am wirksamsten gewährleisten. Die den ehrenamtlichen Gremien im wesentlichen zustehenden Befugnisse regelt § 8 Abs. 2.

Es ist die Frage aufgetreten, ob eine Vergabeentscheidung auch dann Rechtswirkung für und gegen alle Beteiligten hat, wenn gesellschaftliche Kräfte entgegen einem Erfordernis des § 8 Abs. 2 nicht mitgewirkt haben, und ob in diesen Fällen die Entscheidung von den Gerichten nachgeprüft werden kann. Das Wohnraumlenkungsorgan trägt für seine Entscheidungen allein die Verantwortung. Eine Verletzung der ihm durch die WLVO auferlegten staatsrechtlichen Pflicht zur Einbeziehung der Bevölkerung ist zwar ein ernstes Versäumnis, das zu Schlußfolgerungen in bezug auf die Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit führen muß; sie berührt aber zunächst nicht die Rechtswirksamkeit der Entscheidung. Diese kann aber mit der Beschwerde angefochten werden, wenn sie wegen der unterlassenen Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte unrichtig ist. Eine solche zwar fehlerhaft zustande gekommene, trotzdem aber rechtswirksame Entscheidung kann nur durch die örtlichen Organe selbst nachgeprüft werden (§ 22).

Maßnahmen zur Werterhaltung des Wohnraums

Eine große Verantwortung tragen die örtlichen Räte für die planmäßige Erschließung von Wohnraumreserven durch Maßnahmen der Erhaltung, Modernisierung und des Um- und Ausbaus (§ 14). Diese Bestimmung hat durch den Beschluß des Staatsrates über die Weiterentwicklung der Haushalts- und Finanzwirtschaft der Städte und Gemeinden vom 15. September 1967 (GBl. I S. 111) und das Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1968 vom 15. Dezember 1967 (GBl. I S. 153) besonderes Gewicht erhalten.

Mit der Festlegung, daß die örtlichen Volksvertretungen bei der Beschlußfassung über den Haushaltsplan ihrer Räte selbst über den volkswirtschaftlich zweckmäßigsten Einsatz der Haushaltsmittel und deren Verteilung auf die einzelnen Bereiche entscheiden (§ 14 Abs. 2 Ge-

⁸ Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, daß wegen des mit dem Mitwirkungsprinzip korrespondierenden Prinzips der Eigenverantwortung der örtlichen Organe sich diese bei einer fehlerhaften Entscheidung z. B. nicht darauf berufen können, diese entspräche den Vorstellungen der Wohnungskommission.

setz über den Staatshaushaltsplan) und die bisherige Zweckbindung der Mittel aufgehoben wird (Abschn. I Ziff. 2 Buchst. a des zuletzt angeführten Beschlusses des Staatsrates), sind wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß die örtlichen Organe konzentriert und mit größtem Nutzeffekt die erforderlichen Werterhaltungsmaßnahmen durchführen können. Der Staatsratsbeschluß sieht u. a. vor, daß die Städte und Gemeinden an den zusätzlichen Gewinnen zu beteiligen sind, die auf Grund ihrer Initiative durch gezielte Maßnahmen in bezug auf eine Mehrproduktion an Baumaterialien und Konsumgütern erreicht wurden. Die Städte und Gemeinden können ferner von den Bezirks- und Kreistagen Lottomittel für die Wohnungsbaufinanzierung zur freien Verfügung erhalten; bei der Verteilung derartiger Mittel sind vor allem solche Städte und Gemeinden zu berücksichtigen, in denen der Einsatz zu größeren Leistungen für die Bevölkerung führt und mit einem hohen Nutzen verbunden ist.

Da am Jahresende nicht verbrauchte Werterhaltungsmittel auf das nächste Jahr übertragen werden können, ist es möglich, Werterhaltungsarbeiten langfristig und auf die Lösung von Schwerpunktaufgaben gerichtet zu planen. Dabei müssen konstruktive Überlegungen zur besseren Nutzung der vorhandenen Baukapazität im Vordergrund stehen⁹.

Eine Hauptaufgabe der Städte und Gemeinden ist es, Grundsätze für die Anwendung der persönlichen und der kollektiven materiellen Interessiertheit der Bürger auszuarbeiten. Insoweit geht es vor allem um folgende Fragen: Welche Organisationsformen sind am zweckmäßigsten (Übergabe eines Reparaturlimits an die Hausgemeinschaften, Bildung von Rentnerbrigaden, Torgauer Initiative usw.)? Welche Formen der materiellen Interessiertheit bringen den größten Nutzeffekt (Bezahlung der Leistungen, Gewährung von Geld- oder Sachprämien, Kollektiv- oder Einzelprämien)?¹⁰

Rechtsmittel, Räumung und Ordnungsstrafen

Gegen alle im Rahmen der WLVO getroffenen Entscheidungen steht den hiervon Betroffenen¹¹ das *Rechtsmittel* der Beschwerde innerhalb einer Woche nach Zustellung zu. Sie ist bei dem Organ einzulegen, das die Entscheidung erlassen hat. Hilft es der Beschwerde nicht ab, so muß es sie an den Rat des Kreises weiterleiten. Dessen für Fragen der Wohnungswirtschaft zuständiges Ratsmitglied hat endgültig zu entscheiden.

Neu ist die Regelung, daß Beschwerden auf schiebende Wirkung haben. Damit wird gewährleistet, daß das Vorbringen des Beschwerdeführers — der auf Verlangen in jedem Stadium der Beschwerdeführung zu hören ist (§ 22 Satz 5) — allseitig geprüft wird, und es wird vermieden, daß auf der Grundlage der angefochtenen Entscheidung Maßnahmen durchgeführt werden, die sich u. U. als nicht richtig erweisen, aber nicht ohne weiteres rückgängig gemacht werden können.

⁹ So wurde z. B. in Weimar ein Kooperationsverband „Walterhaltung“ gebildet, zu dem sich 15 Betriebe aller Eigentumsformen zusammengeschlossen haben. Der Verband hat sich die Aufgabe gestellt, unter Leitung eines Kooperationsrats Arbeitskräfte, Großgeräte, Fahrzeuge und Material konzentriert einzusetzen und moderne Technologien schnell zu verallgemeinern. Dadurch wird es möglich sein, die Arbeitsproduktivität im Bereich der Werterhaltung um 15 % zu erhöhen (vgl. Sozialistische Demokratie vom 12. Januar 1968, S. 8).

¹⁰ In Berlin wurde vorgeschlagen, zur Unterstützung der den Berliner Stadtbezirken unterstehenden VEB Bauhöfe einen von der Stadt geleiteten Betrieb zur Herstellung von Fertigteilen für das Baureparaturwesen zu schaffen (vgl. Sozialistische Demokratie vom 12. Januar 1968, S. 7).

¹¹ Vgl. Magdeburg / Brendel, „Zur Vorbereitung und Beschlußfassung des Haushaltsplans 1968 in den Städten und Gemeinden“, Sozialistische Demokratie vom 19. Januar 1968, S. 7.

¹² Betroffene in diesem Sinne sind nur die Adressaten der Entscheidung. Wer mittelbar berührt ist (z. B. weil er bei einer Vergabeentscheidung nicht berücksichtigt wurde), hat kein Rechtsmittel. Ihm ist es aber möglich, sich mit einer Eingabe an das Wohnraumlenkungsorgan zu wenden.